Nr. 176. 15. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3195) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 31. Juli 1901.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Kastanienallee 25, I. l. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hohelust, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heitmannstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen. Flottbek, Othmarschen-Blankenese bei Max Meisner, Gr.-Flottbek.

Hierzu eine Beilage.

Weitere Betrachtungen zum Zolltarif.

Entschleiert.

Nothgedrungen, nachdem ihm der Stuttgarter „Beobachter“ einen so großen Fetzen aus seinem Schleier gerissen, haben ihn seine Väter vollständig entschleiert und seine ganze Galgenphysiognomie enthüllt.

Um den unsäglich widrigen Eindruck, den das scheusälige Geschöpf auf alle Nichtagrarier und auf das Ausland machen muß, ein wenig abzuschwächen, haben sie, wie wir mittheilten, durch den offiziösen Beschwichtigungshofrath in der „Norddeutschen Allgemeinen“ andeuten lassen, daß sie darauf gefaßt sind, daß dem Wuchertarif etwas abgehandelt werde; er sei „noch nichts Unabänderliches und Endgiltiges, sondern könne Veränderungen im Bundesrath unterliegen, bevor er an den Reichstag gelangt“. Daß es sich dabei nur um Kleinigkeiten handeln kann, steht im Hinblick auf die zuvor stattgefundene Zollkonferenz außer Zweifel.

Prächtige Volksbeglücker, diese Staatsmänner, die den vielen Millionen, für deren Wohlfahrt zu sorgen ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre, das kärgliche Brot und noch kärglichere Fleisch exorbitant vertheuern wollen, um ihren Lieblingen, den Junkern, ein Prasserleben und daneben dem Fiskus höhere Einnahmen zu sichern. Weise Patrioten, die im Volke die Liebe zum „theuren“ Vaterlande auf solche Weise befestigen und ihr Vaterland in schwere wirthschaftliche Konflikte mit dem Auslande verwickeln wollen! Wackere Förderer der Kultur, die ihre Aufgabe darin erblicken, der konsumirenden Bevölkerung die materielle Existenz zu erschweren und Mephistos Rath (in Lenaus „Faust“) sich zur Richtschnur machen:

„Ihr Herrscher über Volk und Land,
Das ist der Klugheit rechter Stand:
Verkümmert stets, doch nie zu scharf,
Dem Volk den sinnlichen Bedarf.“

Nur daß sie noch darüber hinausgehen und das „doch nie zu scharf“ in den Wind schlagen.

Das Wesen der Kultur besteht vor Allem darin, die Lebensmittel zu vermehren und ihre Beschaffung zu erleichtern. Die Staatsklugheit erblickten die Lenker der Gemeinwesen in alten und ältesten Zeiten vor Allem darin, den politisch gefährlichen Hungerdämon von den Massen nach Möglichkeit fernzuhalten. Panem et circenses! Brot, und daneben Zirkusspiele, hieß die Losung im antiken Rom. Schon vor dem Auftreten der Gracchen wurde in theuren Zeiten vom Staat Getreide beschafft und billig an das Volk abgegeben, und reiche Privatleute fanden sich häufig, die unter das Volk Brot und Fleisch unentgeltlich vertheilten. Das waren Almosen; durch den jüngeren Gracchus wurden solche Getreidespenden zum Recht der Armen statuirt, und sie allein waren es, die von allen sozialen Anläufen der Gracchenzeit sich erhielten und immer umfangreicher wurden. Zu Julius Cäsars Zeiten gab es in Rom 320 000 Kornempfänger, die Zahl wurde auf 150 000 eingeschränkt, aber bald waren die Kostgänger des Staates wieder auf 200 000 angeschwollen. Der schlaue Patron Augustus, dem man gewiß keinen „Humanitätsdusel“ nachsagen kann und der nach Sueton diese Belastung der Staatskasse gern abgeschafft hätte, sah sich doch dazu außer Stande. Er hatte eben eingesehen, daß Hunger und Mangel an Nahrungsmitteln die vornehmste Ursache der Zerrüttung des Staatswesens, des „Umsturzes“ ist. Daher war es grade Augustus — schreibt Professor G. Adler („Die soziale Frage im Alterthum“), der das System der Getreidevertheilung reorganisirte und auf eine technisch vollkommenere Grundlage stellte. An der Spitze standen die Getreidepräfekten, die zur Ausübung ihres Amtes über die cäsarische Kornflotte und ein ganzes Heer von Beamten und Dienern Verfügung erhielten. Die Ausgabe des Getreides erfolgte monatlich auf dem Marksfelde an 45 Schaltern. Die Ordnung wurde dadurch hergestellt, daß jeder Empfänger umsonst eine Marke erhielt, die ihn berechtigte, seinen Theil an einem bestimmten Monatstag an einem bestimmten Schalter zu erheben. Außerdem wurden bei außerordentlichen Gelegenheiten noch besondere Gaben, speziell Lebensmittel, vertheilt.

Dergleichen Lebensmittelspenden hatten freilich ihre ökonomischen und sozialen Schattenseiten, aber sie zeigen, wie man allein schon aus Gründen der Staatsräson beflissen war, den Massen den materiellen Lebensbedarf zu gewähren, statt zu verkümmern, wie unsere modernen Exzellenzen.

Aber wir vergessen, daß die alten Römer blinde Heiden, diese aber Christen sind. Christlich soll unser Staatswesen sein, das wird ja bei jeder Gelegenheit betont, und hochchristlich gesinnt sind vor Allem die hochzöllnerischen Parteien, Konservative und Zentrum. Christlich muß es somit sein, die Massen auszuhungern, ihnen Brot und Fleisch zu vertheuern. Das Gegentheil ist heidnisch.

Aber thun wir dem Christenthum, in dessen Urkunden ja schon die Zöllner gebrandmarkt sind, nicht Unrecht. Die modernen Zöllner bedienen sich ja der christlichen Marke, ähnlich wie der jüngst verkrachte Kölner Bank-Gauner Gerhard Terlinden, in dessen Büreau, worin er seine zahllosen Betrügereien ausheckte, ein Email-Schild mit der Aufschrift hing:

„Ehrlich im Handel,
Christlich im Wandel!“

„Wer das Korn zurückhält, dem flucht das Volk“, lautet ein Spruch in der Bibel. Er gilt von den Kornwucherern im eigentlichen und von den Brot- und Fleischwucherern im zöllnerischen Sinne.

Der entschleierte Zolltarif ist ein ruchloses Attentat auf das Volk, nicht weniger ruchlos als das verscharrte Zuchthausgesetz.

Auf die Schanzen! Alle, die zum Volk zählen, um ihm das gleiche Ende zu bereiten wie dem Zuchthausgesetz verfluchten Angedenkens.

* * *

Die deutsche Rhederei und die Zollpolitik.

Die regierenden Herren und die leitenden Persönlichkeiten des Handels und der Schifffahrt in den Hansestädten haben sich geraume Zeit hindurch darin gefallen, die Reichsregierung des Vertrauens zu ihrem „weiten Blick“ in handelspolitischen Dingen zu versichern. Wie diese Kreise zur Frage der Zollpolitik stehen, daß sie in Rücksicht auf die Interessen des Handels Gegner der Schutzzöllnerei sind und vor Allem von einer Erhöhung der Getreidezölle nichts wissen wollen, wußte man. Man kann danach auch begreifen, daß die Enttäuschung, die ihnen die „handelspolitische Weisheit“ der Regierung mit dem neuen Zolltarif bereitet hat, eine sehr schwere ist. Das Organ des Hamburger Senats, der „Hamb. Correspondent“, kann, bei all seiner Geneigtheit, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, doch nicht umhin, zu schreiben: jeder Einsichtige müsse erkennen, daß wir mit sehr trüben Aussichten einem Wendepunkt entgegengehen. Auch ein Appell an das Volk fehlt nicht. Da heißt es: bald müsse sich zeigen, wie das deutsche Volk im Kampfe gegen den Entwurf sich stellt. Und:

„An scharfen Protesten aus dem Volk heraus hat es sicherlich auch in der Kürze der Zeit, die seit der Veröffentlichung des Entwurfs verflossen, nicht gefehlt. In imponirender Einheit hat die liberale Presse aller Richtungen ihrem schweren Unmuth gegen den agrarischen Zolltarif Luft gemacht. Mit scharfen Worten hat sie die unheilvollen Folgen gezeichnet, von denen bei einem solchen Tarif unsere Volksernährung, Handel und Industrie betroffen würden. Die Einheitlichkeit des liberalen Deutschlands in dem bevorstehenden Kampf bietet sicherlich eine Gewähr dafür, daß der Zolltarif, zum Mindesten so, wie er vorliegt, nicht passiren wird. Auf alle Fälle heißt es aber wachsam und kampfbereit sein!“

Rechnet das Senats-Organ zu der „liberalen Presse aller Richtungen“ auch die sozialdemokratische und zum „liberalen Deutschland“ auch die sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei Deutschlands und zugleich diejenige, die von jeher die Agrarpolitik am entschiedensten bekämpft hat?

Der Appell an das „liberale Deutschland“ ruft in uns die Erinnerung an die Thatsache wach, daß wir das Ueberwuchern der agrarischen Sonderinteressen, die Steigerung der Unverschämtheit des Junkerthums, hauptsächlich der jämmerlichen Inkonsequenz des Liberalismus, besonders des Nationalliberalismus, zu verdanken haben. Er hat dem Junkerthum Vorspanndienste geleistet; er hat die Wege mit gebahnt und geebnet, die zu der Lebensmittelwucherpolitik führen mußten; er ist in hohem Grade mit verantwortlich für das jetzt dem Volke drohende Unheil. Dieser Liberalismus hat das Recht, sich nunmehr an das Volk zu wenden, streng genommen verwirkt. Die Massen haben keinen Glauben mehr an ihn. Soll von einer wirklichen Volksbewegung gegen den Zolltarif die Rede sein, so wird darunter nur die verstanden werden können, die durch die Sozialdemokratie entfesselt zu werden vermag.

Der jetzt veröffentlichte Vorstandsbericht des Vereins Hamburger Rheder über das letzte Geschäftsjahr beschäftigt sich, da die Lage dieses Gewerbes wie kaum ein anderes von der allgemeinen Konjunktur abhängt, auch mit den großen zollpolitischen Kämpfen. Nach Erörterung der amerikanischen Konkurrenzgefahr wird fortgefahren:

„Die größte Schädigung der deutschen Rhederei würde aber darin liegen, wenn durch eine engherzige, die Ausfuhr ausländischer Waaren möglichst fernhaltende und dadurch auch die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse erschwerende Zollpolitik ihr große Frachtmengen entzogen würden. Wir hegen zu dem weiten Blick und der Festigkeit unserer leitenden Staatsmänner das Zutrauen, daß sie ungeachtet der rührigen und einflußreichen agrarischen Partei an der Politik langfristiger Handelsverträge festhalten werden, wie sie im Anfang des vorigen Jahrzehnts durchgeführt ist und sich für die ganze wirthschaftliche Entwicklung Deutschlands außerordentlich segensreich erwiesen hat.“

Der „Frankf. Ztg.“ wird dazu von hier geschrieben:

„Der Verein der Rheder hat gewiß Recht, wenn er in der Beschränkung der Einfuhr die größte Schädigung seiner Interessen erblickt, aber man hätte erwarten dürfen, daß er seine Befürchtungen etwas näher substantiirt, wozu ihm doch Material genug zur Verfügung steht. Während der Verein sich hier vornehm zurückhält und noch immer auf den weiten Blick unserer Staatsmänner baut, kann er sich gar nicht genug thun in Klagen über die Gefahren der neuen Seemannsordnung, über wüste sozialdemokratische Agitationen, über die bösen Gewerbegerichte u. dergl. Diese Lamentationen füllen beinahe den ganzen Bericht aus, der Kampf gegen die Zölle wird anderen Leuten überlassen. In dieser unserer ersten Handelsstadt heißt es eben immer: zuerst **antisozial**, dann **antiagrarisch**.“

Allerdings, so ist es. Und doch dürften unsere „königlichen Kaufleute“ sich keinem Zweifel darüber hingeben können, daß im Kampfe gegen die Zölle sehr viel, wo nicht Alles von der bösen Sozialdemokratie abhängt. Genau so, wie bei den Handelsverträgen unter Capriwi. Nach der Behauptung der hiesigen leitenden „liberalen“ Elemente sollte es eine „Schande für Hamburg“ bedeuten, durch sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage vertreten zu sein. Nun, diese „Männer der Schande“ haben mit dazu beigetragen, daß die für Hamburg so überaus wichtige „rettende That“ der Handelsvertragsabschlüsse vollbracht werden konnte.

Der Rhedereibericht hebt hervor, daß sich neuerdings ein stärkeres Schiffsangebot bemerklich macht, und daß das Rhedereigeschäft seinen Höhepunkt überschritten hat. Wie wird es erst sein, wenn unsere Kornzölle und ausländischen Fabrikatzölle sich vereinigen werden, unseren Seehandel lahm zu legen?

Vor einigen Jahren sagte C. F. Laeisz:

„Die Navigation würde unermeßlich leiden, falls ein Zollkrieg mit Amerika ausbräche, denn erstens sind unsere größten und schwersten Schiffe für den Verkehr dorthin gebaut und nur dorthin verwendbar, zweitens geht der ganze amerikanische Export nach Deutschland auf deutschen Schiffen, was den Amerikanern längst ein Dorn im Auge ist. Zu glauben, daß Amerika den Zollkrieg nicht eröffnen würde, ist eine Dummheit.“

Dieser Zollkrieg wird, wie der mit Rußland, Oesterreich ꝛc., ganz sicher kommen, wenn es nicht gelingt, den neuen Zolltarif zu Fall zu bringen. Unsere „Liberalen“, die Rheder an der Spitze, haben wohl nichts dagegen einzuwenden, daß die Sozialdemokratie außerhalb und innerhalb des Reichstages unter Entfaltung ihrer vollen Kraft mithilft, den Zollkrieg zu verhüten.

* * *

Das Ausland.

Aus Budapest, 29. Juli, wird berichtet: „Auch die heutigen Blätter der Hauptstadt und der Provinz stimmen darin überein, daß der deutsche Zolltarif-Entwurf die größten Gefahren für den ungarischen Export bedeute, und daß sowohl in unseren Tarifen als auch auf jede andere Weise Alles aufgeboten werden müsse, um den drohenden Schlag abzuwenden. Der Ministerpräsident Szell dürfte sich schon in den nächsten Tagen nach Wien begeben, um mit Dr. Koerber die durch die Veröffentlichung des deutschen Zolltarifs geschaffene neue Situation zu berathen. Die in Wien begonnenen Konferenzen über den autonomen Zolltarif dürften erst dann wieder fortgesetzt werden, wenn die Delegirtenkonferenz von kompetenter Stelle neue Instruktionen erhalten.“

In italienischen Regierungskreisen hat, wie aus Rom gemeldet wird, der Entwurf den peinlichsten Eindruck hervorgerufen. Man befürchtet, daß die dreibundfeindliche Strömung in Italien große Dimensionen annehmen wird. (Unseren agrarischen Patrioten ist das „schnuppe“.) Die beiden großen römischen Oppositionsblätter „Popolo Romano“ und „Patria“, sowie die ministerielle „Tribuna“ wenden sich in gleicher Weise gegen den Doppeltarif und die für Thiere und thierische Produkte angegebenen Ziffern. Man erwartet eine Erklärung Luzzattis, der am 16. Mai in Florenz versicherte, eine authentische Seite in Deutschland habe ihm Mittheilungen gemacht, die jede Vorlegung eines Doppeltarifs für Getreide deutscherseits ausschließen. Die ministerielle „Tribuna“ sieht in den neuen Tarifsätzen vor allen Dingen den Beweis, daß man sich nicht um die Gebote politisch-freundschaftlicher Rücksicht kümmern, sondern nur auf die eigenen materiellen Interessen (das heißt einer privilegirten Minderheit des deutschen Volkes! Die Red.) bedacht sein wolle. Sie räth den Italienern, das Gleiche zu thun, fürchtet aber, Deutschland werde mit der halben Welt in Konflikt kommen.

Französische Blätter verhehlen ihre Schadenfreude über die wirthschaftliche Isolirung, der Deutschland mit dem neuen Zolltarif entgegen gehen würde, nicht. Die „Liberté“ zählt auf Italien und Oesterreich-Ungarn und deren Abfall vom Dreibund, das „Journal des Débats“ setzt seine besondere Hoffnung auf einen deutsch-russischen Zollkrieg und der Berliner Korrespondent des „Figaro“ träumt bereits von einem Trutzbündniß der europäischen Großmächte mit Nordamerika zur Vernichtung Deutschlands. Daneben machen aber auch ernste Beklemmungen sich bemerkbar, weil man von der agrarischen Politik Deutschlands einen verhängnißvollen Rückschlag auf die innere Politik Frankreichs befürchtet. Der Pariser Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ berichtet darüber: „Der Méline'sche Protektionismus hatte sein stärkstes Argument in dem nationalen Haß gegen Deutschland gefunden, denn sein Ziel war, durch Aufgabe aller Handelsverträge die Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedensvertrags illusorisch zu machen. Dieses chauvinistische Schlagwort hatte in Frankreich unwiderstehlich gewirkt und es bedurfte erst der schweren Krisis der Dreyfus-Affäre, um weitere Kreise über die Gefahren aufzuklären, welche der Republik aus dieser engherzig nationalistischen Politik drohen. In dem Handelsabkommen mit Italien und der stillen wirthschaftlichen Annäherung an das benachbarte Deutschland fand diese beginnende Abkehr vom Méliniismus ihren ersten Ausdruck und die Träger der neuen, liberalen Politik hofften, auf diesem Wege Frankreich aus seiner Isolirung zu erlösen und durch Belebung seines Außenhandels dem Volke selbst neue Ziele und neue politische Ideen zu geben. Die Kampfansage Deutschlands an die übrige produktive Welt stört diese Illusionen in der empfindlichsten Weise; Frankreich sieht sich auf's Neue an den Protektionismus gefesselt und, was noch schlimmer ist, auf's Neue von Deutschland abgestoßen.“

Auch nach der Ueberzeugung der englischen Presse sieht der Zollkrieg in Sicht. Der „Spektator“ sagt, die Agrarier hätten über den Kaiser triumphirt. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Unterwerfung unter die agrarischen Forderungen die Macht der Regierung im Reichstage brechen werde; auf diese Weise würden alle Pläne des Kaisers, für deren Ausführung Geld benöthigt wird, zurückgelegt werden müssen. Der radikale „Morning Leader“ meint, der Kampf um den Zolltarif werde ein Prüfstein sein für die Mannhaftigkeit der deutschen Demokratie. Es sei beinahe unfaßbar, daß der Tarif in seiner gegenwärtigen Gestalt zum Gesetz werde. Er vertheuere die Preise von Brot und Fleisch in's Ungemessene, so daß eine Hungersnoth eintreten müsse, wenn auch die Löhne überall auf dem gegenwärtigen Niveau verharrten. Eine Steigerung derselben aber würde eine industrielle Krisis heraufbeschwören. Die Agrarier bildeten sich ein, Deutschland könne ohne amerikanischen Weizen und russischen Roggen auskommen, aber Deutschlands Existenz würde gewiß ernstlich bedroht, falls sein Exporthandel vernichtet würde. Es sei undenkbar, daß der Tarif zum Gesetz erhoben werde, ohne Deutschlands Abnehmer in der Fremde zu Vergeltungsmaßregeln zu veranlassen.

Aus Amerika liegen heute folgende Mittheilungen vor: Regierungskreise betonen, daß, nachdem Waaren amerikanischen Ursprungs am höchsten besteuert werden, und daß, falls der Tarif Gesetz werden sollte, der Export von landwirthschaftlichen Maschinen fast unmöglich werden würde, der amerikanische Kongreß nicht verfehlen werde, Repressivmaßregeln zu ergreifen.

Die New-Yorker „Preß“ schreibt: „In dem Entwurf erblicken wir den Sieg der reaktionären Partei über eine absolute Monarchie. Die Konsumenten und nicht die ausländischen Produzenten werden die Zölle zu tragen und die Konsequenzen des agrarischen Triumphes zu erdulden haben.“ Das Blatt weist darauf hin, Getreide und Fleisch müsse nach Deutschland importirt werden. Der Fleischverbrauch lasse sich unzweifelhaft beschränken, aber ohne Brot könne man nicht leben, und der deutsche Arbeiter würde daher die Auslandspreise für Getreide zu bezahlen haben. Repressalien der schärfsten Art seien zu erwarten und würden wahrscheinlich prompt von Rußland ergriffen werden. Die „Preß“ bemerkt auch, der Kaiser gebe den agrarischen Forderungen nach, ohne daß er seine Kanalpläne verwirklicht sehen werde.

So steht Deutschland im Begriff, sich mit der ganzen zivilisirten Welt auf wirthschaftlichem und, was die unvermeidliche Folge sein wird, auf politischem Gebiete zu verfeinden. Und warum? Weil einige Tausend Großgrundbesitzer das Bedürfniß haben, die deutsche Nation auszuschmarotzen!

Exzellenz Krupp und Exzellenz von Berlepsch.

In diesen Persönlichkeiten stehen sich zwei Richtungen gegenüber und es ist interessant, zu sehen, wie sie sich bekämpfen. Der „Kanonenkönig“ Krupp ist zur Zeit der leitende Kopf unter jenen Großindustriellen, die man als „Scharfmacher“ bezeichnet und die den Arbeitern gegenüber eine rücksichtslose Gewaltpolitik anstreben; sie sind die Väter der Zuchthausvorlage. Ueber das Niveau dieser Vorlage hinauf reichen die sozialpolitischen Ideen des Herrn Krupp nicht; sein Einfluß auf die innere Politik beruht nicht auf der geistigen Bedeutung des Mannes, sondern auf seiner sozialen Machtstellung.

Dem gegenüber präsentirt sich Herr von Berlepsch als das Haupt jener sanften — manchmal auch gar zu sanften — Sozialreformer, die sich um die „Soziale Praxis“ gruppiren. Nach Lage der Dinge und wie die menschlichen Leidenschaften sich äußern, werden diese sanften Sozialreformer von den „Scharfmachern“ manchmal mehr gehaßt als die Sozialdemokraten. Dem reaktionären journalistischen Trosse des Herrn Krupp sind anarchistische Tollheiten am willkommensten, denn diese lassen sich bequem „fruktifiziren“ und erschrecken stets das liebe Spießbürgerthum. Aber „gemäßigte Sozialreform“ — das ist das schlimmste Uebel und wird selbstverständlich von den Scharfmachern als ein schleichendes Gift“ betrachtet.

In dem Organ des Herrn Krupp, den genugsam bekannten Berliner „Neuesten Nachrichten“, wird Alles grimmig angefaucht, was die Weisheit von „Exzellenz Krupp“ nicht als maßgebend für die innere Politik des Reiches anerkennen will. Und da kommt ganz natürlich auch die Exzellenz Berlepsch schlecht weg. Herr von Berlepsch hat auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß zu Braunschweig sich auf den Boden der bekannten kaiserlichen Botschaften von 1890 gestellt; er verwarf der Arbeiterbewegung gegenüber alle „Gewaltkuren“ und sprach davon, daß man die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen müsse.

Es wäre uns auch recht angenehm, wenn Herr von Berlepsch sich näher darüber äußern wollte, was er unter Gleichberechtigung der Arbeiter versteht. Aber mit der bloßen Redewendung hat er den höchsten Zorn des Krupp'schen Organs entfacht; so etwas darf niemals verziehen und vergessen werden. Dann wird er in dem anmaßendsten Ton, den man sich nur denken kann, belehrt, daß die Arbeiter in Deutschland eigentlich die bevorrechteten Klassen seien. Schulgeld und Einkommensteuer sind ihnen erlassen, es giebt Arbeiterzüge mit billigen Fahrkarten und die Wohlthaten der Versicherungsgesetze werden ihnen zu Theil. Da muß man sich nur wundern, daß die journalistischen Leibknappen des Herrn Krupp, die ihrem Brotgeber gegenüber allerdings keine „Bevorrechteten“ darstellen, nicht Fabrikarbeiter werden, um der von ihnen so gepriesenen Wohlthaten recht bald theilhaftig zu sein. Welch ein Glück, ein so geringes Einkommen zu haben, daß man keine Einkommensteuer zu bezahlen braucht!

Mit dem Koalitionsrecht, für welches Herr von Berlepsch eintritt, findet sich der Krupp'sche Troß leicht ab. Auch die Krupp'schen sind für Koalitionsrecht, sagen sie, aber sie sind nicht für „Unterwerfungspflicht“ der Unternehmer. Hinter dieser Phrase verbirgt sich der ganze Haß der Leute, welche die schwarzen Listen als berechtigt anerkennen, gegen die Arbeiterorganisationen überhaupt. Sie wollen sich nicht „unterwerfen“, das heißt eben, sie wollen die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen, denn von „Unterwerfung“ kann keine Rede sein; „Unterwerfung“ hat noch niemals eine Arbeiterorganisation verlangt. Hier hat man es mit einer der gewöhnlichen reaktionären Uebertreibungen zu thun.

Herr von Berlepsch wird von den Krupp'schen ganz rücksichtslos zu den Umstürzlern geworfen. Was will er? „Nach seinen Ideen“, sagt das Krupp'sche Blatt, „würde dem Arbeitgeber nur noch das Vorzugsrecht verbleiben, die Löhne zu zahlen oder die Verluste zu tragen; in allen anderen Beziehungen hätte er mit den „gleichberechtigten“ Arbeitern zu **theilen** oder sich ihnen unterzuordnen.“

Ja ja, mit Krupp und seinen Trabanten ist nicht gut Kirschen essen. Der ändert die Zeiten um. Früher waren es nur darbende Proletarier, denen man Theilungsgelüste unterschob; jetzt ist schon Exzellenz von Berlepsch zum Fürsprecher der „Theilung“ oder gar zum „Theiler“ selber geworden.

Wenn man geglaubt hat, die Fabel vom Theilen sei durch die Sozialwissenschaft überwunden, so hat man sich geirrt. Die Gelehrten des Herrn Krupp fangen beim Theilen wieder ganz vorne an.

Wir werden also belehrt und Exzellenz von Berlepsch mit uns, daß „Gleichberechtigung der Arbeiter“ so viel wie „Gewaltpolitik“ heißt, und daß die bevorrechtete Klasse der Arbeiter Gewaltpolitik treibt, um die unterdrückte und ausgebeutete Klasse der Unternehmer noch weiter zu knebeln. Und der „Theiler“ Berlepsch hilft mit bei diesem frevlen Unternehmen der Arbeiter.

„Unsinn, du siegst!“ müßte man mit dem sterbenden Talbot ausrufen — aber dieser Unsinn siegt nicht. Die Behauptung, daß in Deutschland die Arbeiter die bevorrechteten Klassen seien, wird im ganzen Reiche nirgends ernst genommen, nicht einmal von Denen, die sie aufstellen. Wer soll denn mit so armseligen Kniffen getäuscht werden?

Aber Herr von Berlepsch mag erkennen, daß alle sozialreformerische Sanftmuth gar nichts hilft; wer sich eben erdreistet, die Berechtigung der Alleinherrschaft des Gottes Mammon anzuzweifeln und wer es wagt, von Gleichberechtigung der Arbeiter zu sprechen, der wird ohne Gnade von den Krupp'schen Terroristen zu den Umstürzlern geworfen. Aber es rächen sich alle Zweideutigkeiten in der Politik. Herr von Berlepsch hofft, daß seine sozialen Reformen „die in vielen Herzen abgebrochenen Brücken zwischen ihnen (den Arbeitern) und ihren Mitbürgern, dem Staat, der Nation, dem Vaterlande, der Kirche“ wieder herstellen. Schön gesagt, aber im Grunde auch nur eine Versteckspielerei. Die Arbeiter werden den Klassenkampf nicht mehr aufgeben, Exzellenz, auch nicht für die Phrase der „Gleichberechtigung“!

Immerhin sind es günstige Zeichen der Zeit, daß die Anmaßungen der Großkapitalisten auch aus den Reihen der besitzenden Klassen heraus bekämpft werden. Alles fürchtet sich eben vor dem Stumm-Krupp'schen Zukunftsstaat, wo nur absolute Industriekönige zu gebieten haben sollen, und vor der Verwüstung, die ein solcher Zukunftsstaat unter allen Kulturerrungenschaften anrichten würde.

Von der Weltbühne.

Die Stichwahl im Duisburger Kreise, welche nöthig ist, weil nach dem amtlich festgestellten Resultat die Stimmen am 25. d. Mts. sich wie folgt vertheilten: Beumer (NL.) 25 764, Rintelen (Z.) 20 076, Hengsbach (SD.) 14 319, v. Czarlinski (Pole) 2699, Reuckhoff (FVp.) 1090 Stimmen, findet, wie wir bereits mittheilten, am 2. August statt. Jetzt werden die Arbeiter umworben und theilweise auch gepreßt, entweder für den einen oder anderen Anhänger des Brotwuchers zu stimmen. Die Zentrumsblätter geben sich alle erdenkliche Mühe, das hervorzusuchen, was unsere Genossen im Wahlkampf gegen den von Kapitalisten bezahlten berufsmäßigen Hetzer Dr. Beumer vorgebracht haben und glauben, hierdurch die Arbeiter für Rintelen gewinnen zu können. Die „Köln. Volks-Ztg.“ stellt eine Blüthenlese aus Flugblättern und Artikeln unserer Parteipresse zusammen, welche sich mit den Sünden Beumers beschäftigen und erklärt:

„Nach diesen Stichproben aus einer Serie von etwa drei Dutzend gegen den nationalliberalen Kandidaten Dr. Beumer gerichteten Wahlartikel sollte man glauben, daß die Sozialdemokratie Alles aufbieten werde, um die Wahl Dr. Beumers zu verhindern. Man müßte zu dieser Annahme umsomehr gelangen, als die Sozialdemokratie gegen den Kandidaten des Zentrums, Herrn Rintelen, auch nicht das Geringste anzuführen wußte, das ihn in den Augen der Arbeiter zu verdächtigen geeignet sein konnte, denn sonst wäre es zweifellos geschehen. Da beide Kandidaten sich für eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen haben, bleibt dieses „Vergehen“ als ein gemeinsames außer Betracht.“

Dieses „Vergehen“, welches wohl richtiger mit dem schärferen Wort Verbrechen bezeichnet wird, kann unter keinen Umständen außer Betracht bleiben. Ist es dem Zentrum darum zu thun, das Mandat zu erlangen, dann mag Rintelen erklären, daß er gegen jede Erhöhung der Getreidezölle stimmen wird. Dann werden unsere Genossen das thun, was sie gern thun würden, nämlich Beumer durchfallen lassen.

Der „Weckruf“, das Organ unserer Genossen in jenem Kreise, begründet die Stimmenthaltung. Nachdem er in kurzen Ausführungen klar gelegt hat, weshalb die Arbeiter nicht für Beumer stimmen können, wendet er sich mit folgenden Ausführungen gegen das Zentrum:

„Unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit sucht die Partei der Dunkelmänner die Wähler über das „Erreichbare“ zu beschwindeln als bestes Mittel, die klerikale Herrschaft zu sichern. Und diese Herrschaft erstrebt die vollständige Knechtung der Geister. Das Ziel des Klerikalismus ist die unbeschränkte Herrschaft in der Schule. Unsere Kinder sollen den Geistesknechten ausgeliefert werden, um daraus geistig willenlose, der klerikalen Gewalt sich unbedingt fügende Kreaturen zu erziehen. Das ist die im Dunkeln schleichende Gefahr und vor dieser sei gewarnt, sie ist schlimmer als ein bischen Gewaltpolitik. Grade die nationalliberale Gewaltpolitik hat das Zentrum stark gemacht und der Sozialdemokratie als solche hat das Sozialistengesetz nicht geschadet. Man kann doch wirklich nur von politischen Narren erwarten, dem Zentrum, welches die geistige Knechtschaft erstrebt, die zweifellos viel gemeinschädlicher ist wie Gewaltpolitik, als Steigbügel zu dienen. Die Knebelung der Geister ist für die Arbeiterklasse viel gefährlicher, hier wirkt das Gift im Geheimen, dagegen brutal wirthschaftliche Unterdrückung wird von Jedem empfunden und ein geistig regsames, nicht unter klerikaler Herrschaft geistig entmanntes Volk ist schon in der Lage, die scharfmacherischen Bäume zu stutzen, daß sie nicht in den Himmel wachsen. Wir können daher, unter Berücksichtigung aller Umstände, nichts Besseres thun, als die Gegner unter sich lassen und strikte Wahlenthaltung beobachten.“

Diese Ausführungen ärgern das Zentrumsblatt sehr und es kommt zu folgendem Schluß:

„Nach den obigen Ausführungen des sozialdemokratischen Parteiorgans des Wahlkreises ist kaum daran zu zweifeln, daß die sozialdemokratische Partei eine strikte Wahlenthaltung nicht beobachten wird. Es wird sich nur fragen, in welchem Maße die große Masse der sozialdemokratischen Wählerschaft die katholikenfeindlichen Instinkte des „Weckruf“ theilt, ob sie lieber dem vor der Hauptwahl auf's Aeußerste bekämpften „Scharfmacher“-kandidaten oder einem Katholiken zum Siege verhilft, dessen sozialpolitische Stellung den Arbeitern als solchen eine weit sympathischere sein muß. Die Probe auf dieses Exempel wird sehr lehrreich sein.“

Das ganze Wahlresultat ist sehr lehrreich. Wollte das Zentrum sich belehren lassen, dann hätte es wiederholt Gelegenheit dazu gehabt. Die Lehren, welche es bei dem Schulgesetz und Umsturzgesetz erhielt, hatte es bei der lex Heinze schon vergessen. Und die Lehren, welche es aus der Bewegung gegen die Getreidezölle ziehen könnte, werden nicht gezogen. Die Arbeiter verweisen die frommen Leute auf den Himmel und die Hülfe der Heiligen. Dem Grundbesitzer können nach Ansicht derselben frommen Leute die Hülfe des Himmels und der Heiligen nichts nützen, da muß mit anderen Mitteln eingegriffen werden. Sympathischer würde das Zentrum den Arbeitern sein, wenn es mit derselben Energie die Interessen der Arbeiter vertreten würde, mit welcher es die Interessen der Grundbesitzer vertritt. Hierzu kann es sich nicht aufschwingen und deshalb muß das Zentrum schon selbst sehen, wie es dahin zu bringen ist, daß Rintelen und nicht Beumer dem Wuchertarif zur Annahme verhilft.

Die blamirten Freisinnigen, die bei der Stichwahl in Memel-Heydekrug als Kapitalisten und Arbeitgeber gegen den Sozialdemokraten stimmten und ganz vergaßen, daß sie sich sonst geberden, als seien sie ernsthafte Kämpfer im Streite gegen die beutegierigen Agrarier, suchen sich jetzt zu entschuldigen und die Sache noch so darzustellen, als habe die Mehrheit der Freisinnigen doch für unseren Genossen gestimmt. Die „Freisinnige Ztg.“ schreibt:

„Da erfahrungsgemäß die Sozialdemokraten bereits bei der Hauptwahl alle verfügbaren Stimmen heranholen, so dürfte der Zuwachs um 2000 Stimmen, den der sozialdemokratische Kandidat in der Stichwahl am Sonnabend erhalten hat, in der Hauptsache aus dem freisinnigen Lager stammen.“

Nein, nach der Erfahrung liegt die Sache anders. In der Regel bleiben Arbeiter von der Wahl fern, denen man keine Zeit giebt, zur Wahl zu gehen. Unter diesen befinden sich viele Wähler, die für den Sozialisten gestimmt hätten und dann auch für denselben stimmen, wenn sie zur Wahl kommen. Wenn wir gestern behaupteten, daß die Hälfte der neu erworbenen Wähler für unseren Genossen gestimmt haben, dann wird diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Damit wäre nachgewiesen, daß die Mehrheit der Freisinnigen für den Agrarier stimmte und deshalb von